



Biden

Maximalplan oder Kompromisse

Amtswechsel

Indes Präsident Trump nach Mar-a-Lago in Florida mit der Ankündigung flog, so oder so wieder zurück zu sein, begannen Feiern der Einschwörung von Joe Biden und Kamala Harris. Wie zur Wiederwahl Obamas 2012, wünsche ich dem 46. Präsidenten alles Gute. Meine Hoffnungen sind nüchtern. Wenn auch ab und an etwas zu unverhofft, bleiben kurze Amtszeiten Amerikas Stärke.

Joe Biden beim Amtseid Wiki Foto



Im Herbst des nächsten Jahres könnten Wahlen einen Wandel im Patt des Senats erbringen. Vorerst liegen Covid, Wirtschaftsaufschwung und Außenbeziehungen im Fokus. Präsident Biden hob riskant Reiserestriktionen für Länder auf, dabei Iran, Syrien, Libyen und Jemen, und stoppt widersinnig den Bau der Südgrenze, obzwar Karawanen kommen. Er regelt die Immigrationspolitik samt Amnestie. Diese Punkte sind zur Zeit einer Pandemie unpopulär, bedienen vor allem seine Basis Linksaußen wie ein Stopp der Keystone-Pipeline. Fast eine Wählerhälfte ist gegen weiteres Impeachment – Trump hat in seiner Partei 78% Zuspuch.

Auswärtiges

Neben Nordkorea bleibt China samt Hongkong das Problem, wobei ein Sonderermittler zu Präsident Bidens Sohn weiterwirkt. Beijing verdunkelte die Quellen von Covid-19, expandiert auch in Kalifornien sowie global. Die Zerstörung seiner muslimischen Minoritäten in Xinjiang nannte der scheidende Außenminister Pompeo **Genozid**. Per Bidens 15 Direktiven ist Amerika wieder in der WHO und im Pariser Klimavertrag, gar mit Klima-Sprachregeln.

Bei Konflikten gibt es Neues in der Vorgehensweise und sicher auch Kontinuitäten. Andererseits meinte der designierte Außenminister Antony J. Blinken, den Atompakt mit Iran als Plattform für einen breiteren und längeren Vertrag zu nutzen und das ballistische Raketenprogramm einzubeziehen. Realität sei, diese Welt organisiere sich nicht selbst. Führe Amerika nicht, folge zweierlei: andere wollen seinen Platz einnehmen, aber nicht mit seinen Interessen und Werten, oder Chaos gehe um. In der Nato und in Europa lässt Präsident Biden keinen Punkt zur Türkei und zum Islamismus erkennen, obwohl es **viel** erörtert wird.

Mittelost

Der Prozess mit Abraham-Pakten, zu dem das Ringen gegen Extremismus und auch Antisemitismus gehört, greift aus. Saudi-Arabien und Oman könnten dem folgen. Viele erkennen ihn als Ende von Krieg, Armut und Terror. Donald J. Trump zeichnete am 15. Januar Marokkos König Muhammad VI. mit „Legion of Merit“ aus und erhob die Vereinigten Arabischen Emirate und das Königreich Bahrain zu Hauptsicherheitspartnern. Beide haben US-Basen und gehören seit 30 Jahren Koalitionen an. Trump betonte den niedrigsten Stand von Truppen in Afghanistan, Irak und Syrien. **Kairo** und **Katar** nahmen Beziehungen auf.

Als bald kommen zum 23. März noch Israels Knesset-Wahlen, die vierten in zwei Jahren. Schließlich geht es auch um Palästinenser, die nach 15 Jahren wieder zum 22. Mai und 31. Juli Parlaments- und Präsidentialwahlen abhalten wollen. Welches Denken führte eigentlich zu den Abraham-Pakten, womit das lange panarabische Veto gegen Normalisierungen fiel?

Memo

Times-Journalist Bret Stephens erklärte den Ansatz in seinem [Memorandum](#) an Präsident Biden, sinngemäß: Er warnte die Administration, Abraham-Pakte zu negieren. Präsident Obama hat vielen einen Serien-Schock verpasst, indem er 2011 Ägyptens Präsident Mubarak fallen ließ, die Regierung der Muslim-Brüder bejahte, Militär aus Irak abzog und Irans Atompakt einging. So konnte Präsident Putin in Syrien expandieren, [und seinen Flüchtlings-Hebel ansetzen: von dort kamen bis Mitte 2020 6.6 Mio. Flüchtlinge, oftmals nach [Europa](#) (Afghanistan 2,7 Mio.)].

Laut Stephens brachen Oslo-Vereinbarungen 2000 zusammen, palästinensischer Terror kostete 1.000 Leben in Israel. Aber die Administration beharrte auf dem palästinensischen Staat. Außenminister Kerry machte sich 2016 völlig das Palästinenser-Veto zu eigen, dass es ohne sie nie Separat-Frieden der Araber mit Israel gebe. Dem widerstand Israel. Im US-Kongress warnte Premier Netanjahu 2015 vor dem Atompakt und begann zudem Treffen mit den arabischen Nachbarn, die wie [Oman](#) in Israel eher eine Chance als Gefahren sahen.

Es hieß, nicht den israelisch-palästinensischen Konflikt zu regeln, sei die Ursache für den Islamismus und Jihadisten-Terror. Oder ein Palästina-Staat wäre nötig, um Israels Demokratie zu erhalten. Dies wäre Wunschdenken im Sinne, das Schicksal der Palästinenser sei das schwerste (Kurden traf es ärger). Araber fragten, wer tat uns das an, statt was taten wir falsch? Sie und Iran klagten stets Israel an. Folge: Maximalforderungen, nie Kompromisse.

Doch der mit einer Regelung beauftragte Jared Kushner, so Stephens, stellte es auf den Kopf [Trump bat ihn, erfolglose Bahnen zu verlassen, Felder der Gemeinsamkeit, nicht solche des Streits zu suchen]. Er sah nicht mehr den Palästina-Staat als Vorbedingung, sondern das Resultat einer Normalisierung Israels mit anderen Arabern – was war die Logik?

Wenn Israelis nicht mehr eine feindliche Nachbarschaft fürchten, so Stephens, sorgen sie sich weniger um einen Palästina-Staat. Sehen Palästinenser gute Beziehungen Israel-Araber als Norm, finden sie keinen Grund, die gewaltsame Ausnahme zu bleiben. Araber sehen sich als Hauptursache der regionalen Misere, weniger Israel. Nun erfassen sie den jüdischen Staat als technologischer Pionier, Partner und Schutz gegen den Iran. Amerika muss keine „neutrale“ Politik suchen, sondern maximal für Israel und alliierte Araber eintreten.

Europa

Gutmeinende glauben, dem Friedensprozess die Ansicht nur einer Seite vorsetzen zu müssen. Sie täuschen sie sich wie einst, als sie gegen Israels Rat Irans fehlerhaften Atompakt eingingen. Dafür zahlt Mittelost, zumal Teheran Geld zum Ausgreifen ohne effektive Kontrolle erhielt. Obama meinte, Teheran „zur normalen Regionalmacht gestalten“ zu können. So war es bei Kerry, spricht man für [Selbstbestimmung](#) von der verhandelten Zwei-Staaten Regelung, die das Westjordanland, den Gaza-Streifen und Ostjerusalem betrifft. Das sollen die dort [Betroffenen](#) so oder anders herausfinden. Sie leben dort, gestalten ihre Umstände.

Der Bund-Länder-Beschluss hat [Regeln](#) gegen die Pandemie bis zum 14. Februar verlängert. Offenbar geht die Neuansteckung zurück, aber die Todeszahl hoch. Viel ist von Mutationen des Virus die Rede. Impfangebote für jeden folgen erst am [Sommerende](#). Diese Pandemie vernichtet viele Leben und Lebensverhältnisse.

Wolfgang G. Schwanitz

Ukaz Bild: Flüchtlinge bis Mitte 2020, Syrien, Afghanistan



*** CORONAVIRUS-PANDEMIE ***

Aktueller Bund-Länder-Beschluss

Die bisherigen Beschlüsse gelten zunächst befristet bis zum **14. Februar 2021** fort.

Medizinische Masken:
In Bus und Bahn sowie in Geschäften gilt die Pflicht zum Tragen medizinischer (F2, OP- oder FFP2) Masken.

Homeoffice:
Notwendig, wenn kurzfristig überall, wo es möglich ist, das Arbeiten im Homeoffice ermöglichen.

Kontaktbeschränkungen:
Private Zusammenkünfte sind weiterhin im eigenen Haushalt und mit max. 500 weiteren Person gestattet. Die Zahl der Kontakt-Haushalte sollte konstant und klein sein.

→ Bitte beachten Sie die Regeln in Ihrem Bundesland.